Stand: 10.11.2025 21:10:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20829

"Bericht über Probleme beim Arztwechsel von Schwangeren"

### Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20829 vom 22.02.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21724 des GP vom 13.03.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/21929 vom 26.04.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.02.2018 Drucksache 17/20829

## **Antrag**

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht über Probleme beim Arztwechsel von Schwangeren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter der Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) über Probleme beim Arztwechsel von gesetzlich versicherten Schwangeren im Freistaat Bayern schriftlich und mündlich zu berichten.

Folgende Schwerpunkte bzw. Fragen stehen dabei im Fokus:

- Möglichkeit und Bedingungen eines Wechsels der Frauenärztin oder des Frauenarztes innerhalb eines Quartals inkl. Abrechnung der medizinischen Leistungen und der "Betreuungspauschale" (z. B. bei einem Umzug der Schwangeren, Unzufriedenheit mit der Betreuung und Behandlung);
  - Rechtliche Lage inkl. der Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) betreffend wiederholter Berechnung der Betreuung einer Schwangeren gemäß den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung (Mutterschafts-Richtlinien) und ggf. die BSG-Empfehlungen bzgl. Ausgestaltung der Abrechnung der Gebührenordnungsposition (GOP) 01770 EBM (= einheitlicher Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen);
  - Wann wurde zuletzt diese aktuelle Regelung durch den Bewertungsausschuss im Hinblick auf eine sachgerechte und rechtskonforme Ausgestaltung der Gebührenposition überprüft und was waren die Ergebnisse der Überprüfung?
  - Wie definiert der Bewertungsausschuss eine "Behandlung, die nicht mehr zumutbar" ist und wie viele Male und aus welchem Grund wurde bereits eine wiederholte Berechnung der Ge-

- bührenordnungsposition (GOP) 01770 EBM durch den Bewertungsausschuss erlaubt?
- Die Position der Staatsregierung und der KVB zu dieser Pauschale-Regelung, die de facto eine freie Arztwahl der Schwangeren bzw. den Arztwechsel behindert, ohne dass Schwangere darüber frühzeitig informiert werden;
- Sensibilisierung von Frauenärztinnen und Frauenärzten sowie Kontrolle;
  - Wie werden Gynäkologinnen und Gynäkologen über die Abrechnungsmöglichkeiten in der Schwangerschaftsbetreuung, die über die Pauschale hinaus bestehen, sowie über ein rechtskonformes Verhalten im Fall, dass eine Patientin ihren Arzt wechseln möchte, sensibilisiert, informiert und ggf. kontrolliert?
  - Was können Schwangere tun, wenn sie keine neue Frauenärztin bzw. Frauenarzt finden, die bzw. der sie auf Kosten ihrer gesetzlichen Krankenversicherung betreuen will (u. a. nach einem Umzug)? Sollen Schwangere entstehende Kosten für Kontrolluntersuchungen selbst bezahlen?
  - Wie werden Frauen darüber informiert, dass sie sich mindestens drei Monate an eine Frauenärztin bzw. einen Frauenarzt in der Schwangerschaft de facto "binden"?
  - Wie bewerten die KVB und die Staatsregierung das Verhalten von manchen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, die nach wie vor eine abwechselnde Betreuung von Schwangeren zusammen mit einer Hebamme ablehnen, obwohl die geltenden Mutterschaftsrichtlinien auf diese Möglichkeit explizit hinweisen? Welche Sensibilisierung fand hier in der Vergangenheit statt und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

#### Begründung:

In der Schwangerschaft ist das Vertrauen zur betreuenden Ärztin bzw. zum Arzt der sehr wichtig. Ist die schwangere Frau unzufrieden mit ihrer bisherigen gynäkologischen Betreuung, z. B. wegen unzureichender Kommunikation, unnötiger Eingriffe, fehlender Aufklärung, oder weil sie zum Beispiel umgezogen ist, wird es mit dem Frauenarzt-Wechsel, wenn er innerhalb eines Quartals geschehen soll und sie gesetzlich versichert ist, in der Realität schwierig. Vielen

Schwangeren fehlen Informationen darüber, dass sie sich durch den ersten Besuch bei einer Frauenärztin bzw. einem Frauenarzt in der Schwangerschaft an diesen für ein ganzes Quartal de facto "binden".

Theoretisch ist ein Arztwechsel bei gesetzlich versicherten Schwangeren auch während eines laufenden Quartals möglich. Praktisch aber gestaltet er sich unmöglich. Die Vertragsarztpraxis klärt durch eine Befragung der Versicherten, ob eine Vorbehandlung erfolgt ist, oder sieht diese im Mutterpass. Ist dies der Fall und liegt kein Notfall im Sinne einer unmittelbaren Behandlungsnotwendigkeit vor, wird die Patientin in der Regel abgelehnt, oder sie wird darauf verwiesen, entweder alle Kosten der vorgeschriebenen regelmäßigen Kontrolluntersuchungen in der Schwangerschaft privat zu bezahlen, oder sich im nächsten Quartal wieder zu melden. Es besteht keine Verpflichtung, die Betreuung der Versicherten im gleichen Quartal zu übernehmen. Wie sich Schwangere verhalten sollen, die umgezogen sind oder deren Verhältnis zur betreuenden Ärztin bzw. zum Arzt gestört ist, ist unklar. Diese Situation bestätigten auch Befragungen der Schwangeren sowie Mitteilungen der gesetzlichen Krankenkassen.

Der Grund für diese Entwicklung: offenbar die Höhe der abzurechnenden Vergütung. Die Erbringung einer Schwangerschaftsbetreuung wird durch eine relativ hoch bewertete Betreuungspauschale honoriert. Diese kann nur von einem Vertragsarzt je Quartal und schwangerer Versicherten abgerechnet werden.

Die Mit- oder Weiterbehandlung bei einer anderen Frauenärztin bzw. einem Frauenarzt ist zwar theoretisch möglich, berechtigt diesen jedoch nicht zur erneuten Abrechnung dieser Pauschale. Sie bzw. er kann zum Beispiel nur die entsprechende Sonographie gemäß EBM mit Präventionskennzeichnung abrechnen. Dies nimmt die Mehrheit der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte offenbar zum Anlass, die Aufnahme der Schwangeren im laufenden Quartal zu verweigern.

Es obliegt dem Bewertungsausschuss als Normgeber zu entscheiden, wie solche medizinischen Leistungen abgerechnet werden dürfen. Die freie Arztwahl auch für Schwangere sowie eine gute Betreuung und korrekte Behandlung von Schwangeren, die sich sicher und ausreichend beraten fühlen, sollte aber eine Selbstverständlichkeit sein.

# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.03.2018 Drucksache 17/21724

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/20829

Bericht über Probleme beim Arztwechsel von Schwangeren

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst: "Bericht über die Situation beim Arztwechsel von Schwangeren"
- Satz 1 erhält folgende Fassung: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) über die Situation beim Arztwechsel von gesetzlich versicherten Schwangeren im Freistaat Bayern dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten."

Berichterstatterin: Kerstin Celina
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

#### II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 13. März 2018 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner

Vorsitzende



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2018 Drucksache 17/21929

#### **Beschluss**

#### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20829, 17/21724

# Bericht über die Situation beim Arztwechsel von Schwangeren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Einbeziehung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) über die Situation beim Arztwechsel von gesetzlich versicherten Schwangeren im Freistaat Bayern dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten.

Folgende Schwerpunkte bzw. Fragen stehen dabei im Fokus:

- Möglichkeit und Bedingungen eines Wechsels der Frauenärztin oder des Frauenarztes innerhalb eines Quartals inkl. Abrechnung der medizinischen Leistungen und der "Betreuungspauschale" (z. B. bei einem Umzug der Schwangeren, Unzufriedenheit mit der Betreuung und Behandlung);
  - Rechtliche Lage inkl. der Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) betreffend wiederholter Berechnung der Betreuung einer Schwangeren gemäß den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung (Mutterschafts-Richtlinien) und ggf. die BSG-Empfehlungen bzgl. Ausgestaltung der Abrechnung der Gebührenordnungsposition (GOP) 01770 EBM (= einheitlicher Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen);

- Wann wurde zuletzt diese aktuelle Regelung durch den Bewertungsausschuss im Hinblick auf eine sachgerechte und rechtskonforme Ausgestaltung der Gebührenposition überprüft und was waren die Ergebnisse der Überprüfung?
- Wie definiert der Bewertungsausschuss eine "Behandlung, die nicht mehr zumutbar" ist und wie viele Male und aus welchem Grund wurde bereits eine wiederholte Berechnung der Gebührenordnungsposition (GOP) 01770 EBM durch den Bewertungsausschuss erlaubt?
- Die Position der Staatsregierung und der KVB zu dieser Pauschale-Regelung, die de facto eine freie Arztwahl der Schwangeren bzw. den Arztwechsel behindert, ohne dass Schwangere darüber frühzeitig informiert werden;
- Sensibilisierung von Frauenärztinnen und Frauenärzten sowie Kontrolle:
  - Wie werden Gynäkologinnen und Gynäkologen über die Abrechnungsmöglichkeiten in der Schwangerschaftsbetreuung, die über die Pauschale hinaus bestehen, sowie über ein rechtskonformes Verhalten im Fall, dass eine Patientin ihren Arzt wechseln möchte, sensibilisiert, informiert und ggf. kontrolliert?
  - Was können Schwangere tun, wenn sie keine neue Frauenärztin bzw. Frauenarzt finden, die bzw. der sie auf Kosten ihrer gesetzlichen Krankenversicherung betreuen will (u. a. nach einem Umzug)? Sollen Schwangere entstehende Kosten für Kontrolluntersuchungen selbst bezahlen?
  - Wie werden Frauen darüber informiert, dass sie sich mindestens drei Monate an eine Frauenärztin bzw. einen Frauenarzt in der Schwangerschaft de facto "binden"?
  - Wie bewerten die KVB und die Staatsregierung das Verhalten von manchen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, die nach wie vor eine abwechselnde Betreuung von Schwangeren zusammen mit einer Hebamme ablehnen, obwohl die geltenden Mutterschafts-Richtlinien auf diese Möglichkeit explizit hinweisen? Welche Sensibilisierung fand hier in der Vergangenheit statt und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Die Präsidentin I.V.

#### **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung** 

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 10 und 22. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Woerlein, Ruth Müller (SPD) betreffend "Akti-

onsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime

nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken" auf

Drucksache 17/20700 und der Antrag der Abgeordneten von Brunn, Adelt, Scheuen-

stuhl und anderer (SPD) betreffend "Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern

braucht einen dritten Nationalpark" auf Drucksache 17/20936, die auf Wunsch der

SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Diese Anträge werden voraussichtlich in

der Sitzung am 15. Mai aufgerufen.

Über die übrigen Nummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Ab-

stimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die

Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD,

der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstim-

men? - Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch keine. Ich frage die fraktionslosen

Abgeordneten. – Sie sind nicht da. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz und Energieeinsparung in Bayern: Effizienzgewinne bei Klima- und Lüftungsgeräten nutzen Drs. 17/19453, 17/21753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. SPD
Europäischer Anspruch auf Bildungsurlaub –
Recht auf Weiterbildung auch auf EU-Ebene verankern
Drs. 17/19528, 17/21822 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

3.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u. a. und Kurzzeitpflege sicherst Kurzzeitpflegeplätzen: Drs. 17/20361, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 tellen II – Anreize für d schaffen!	0/DIE GRÜNEN)	n
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	ENTH	Z
4.	Antrag der Abgeordner Dr. Paul Wengert, Klau Die Ausbildung bei der in Zeiten erhöhter Eins Drs. 17/20350, 17/217	us Adelt u. a. SPD r Bayerischen Polizei stellungszahlen (EEZ)	ul Gantzer,	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordner Thorsten Glauber u. a. Netzneutralität umfass Drs. 17/20449, 17/217	. und Fraktion (FREIE end sicherstellen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u. a. und Evaluierung der Wasse Drs. 17/20535, 17/218	Fraktion (BÜNDNIS 9 erberatung in Bayern		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorbildfunktion wahrnehmen – Umwelterklärungen für alle Staatsministerien Drs. 17/20611, 17/21698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären Drs. 17/20616, 17/21742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Forschung zum Thema Trittsteinkonzepte intensivieren Drs. 17/20618, 17/21710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken

Drs. 17/20700, 17/21821 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

11.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Technologieoffenes Förderprogramm schaffen Drs. 17/20703, 17/21809 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
12.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u. a. SF Gründerinnen fördern Drs. 17/20705, 17/218	PD	scha Kohnen,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
13.	Antrag der Abgeordne Dr. Otto Hünnerkopf u Diversifizierung auf lar Drs. 17/20715, 17/218	. a. CSU ndwirtschaftlichen Betr	-	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
14.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Reduzierung des euro Drs. 17/20717, 17/217	er u. a. CSU päischen Patentschutz		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) Grenzpolizei Drs. 17/20793, 17/21731 (E)			
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Staatshaushalt und F	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u. a. u Türkische Militäroffens Optionen zur friedliche Drs. 17/20798, 17/217	und Fraktion (BÜNDNI sive in Syrien verurteile en Beilegung des Syrie	S 90/DIE GRÜNEN) en –	Hartmann,
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
17.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über die Folge am Flughafen Münche Drs. 17/20828, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 n und den weiteren Eir n	0/DIE GRÜNEN)	Suchgeräten
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
18.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über Probleme Drs. 17/20829, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 beim Arztwechsel vor	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

19.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Keimgutachten für große Mastställe
	Drs. 17/20836, 17/21699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zum Konzept zur Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei Drs. 17/20840, 17/21729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Α

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zum Stand der Umsetzung Drs. 17/20901, 17/21743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern braucht einen dritten Nationalpark Drs. 17/20936, 17/21701 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

23.	Kathi Petersen u. a. Si Leichenschau in Bayer				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
24.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Amtshaftungsklagen von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamts Drs. 17/20994, 17/21717 (E)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
25.	Antrag der Abgeordner Rosi Steinberger u. a. Bericht über Fortschritt aus dem Forschungsre Drs. 17/21008, 17/217	und Fraktion (BÜNDN te bei der Planung der eaktor München II (FR	IS 90/DIE GRÜNEN) Entsorgung des Atom	mülls	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. SPD Unterstützung des Wohnungsbaus in Bayern außerhalb der Metropol- und Boomregionen Drs. 17/21017, 17/21745 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	<b>Z</b>	Z	Z	
	_	_	_	]	

27.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zu den voraussichtlichen Kosten der Neugründung der Universität Nürnberg Drs. 17/21107, 17/21744 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
28.	Ruth Müller u. a. SPD Herausforderungen der medizinischen Versorgung in Bayern – Ergebnisse aus dem Gemeinsamen Landesgremium Drs. 17/21134, 17/21726 (E)					
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege	)	_			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst u. a. und Fraktion (SPD)</li> <li>Nachtragshaushaltsplan 2018</li> <li>Drs. 17/21149, 17/21746 (A)</li> </ol>						
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
30.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kurzzeitpflege sicherstellen I – Online-Plattform einführen Drs. 17/20217, 17/21721 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) zukunftsfähig machen: Absenkung der Förderobergrenzen zurücknehmen! Drs. 17/20447, 17/21820 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD Fördermöglichkeiten für Obstbrenner und Mostbetriebe über das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft ermöglichen Drs. 17/20759, 17/21817 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z